

# Volkspartei verlangt reaktionäre „Verfassungsreform“

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der eine Änderung der Artikel 54 und 55 der Reichsverfassung bezweckt.

Danach soll dem Kabinett bei Beginn seiner Amtsführung und jeder Wahlperiode das Vertrauen durch Mehrheitsbeschluß des Reichstages angedrungen werden. Zweidrittelmehrheit wird gefordert, wenn dem Kabinett oder einem Minister das Vertrauen wieder entzogen werden soll. Nur in Verbindung mit der Schlußabstimmung zum Etat soll einfache Mehrheit für das Mißtrauensvotum genügen. Ferner soll der Reichstag ohne Zustimmung des Kabinetts und des Reichsrates die Ausgaben des Etats nicht erhöhen können. Wenn die Steuer- und Zolleingänge nach den Ergebnissen eines Vierjahresjahres den Vorschlag um mehr als 10 Prozent übersteigen, sollen die Mehreingänge bis zu 10 Prozent zur Verminderung des Anleihebedarfs oder zur Schuldentilgung verwendet werden, der Rest zur Steuerentlastung im nächsten Etatsjahr. Diese Grundzüge sollen sinngemäß auch bei den Ländern und Gemeinden durchgeführt werden.

Die Presse der Deutschen Volkspartei bezeichnet diesen Antrag als einen Schritt zur „Stabilisierung“ der Regierung, Stabilisierung, sowohl! Stabilisierung der Ausbeuterdiktatur durch eine weitere Einschränkung der noch bestehenden parlamentarischen Scheinverträge. Das ist der Sinn der völksparteilichen Verfassungsreform.

Nach dem Ausgang der Aussperrung im Ruhrgebiet stellen wir an dieser Stelle die Krise der bürgerlichen Demokratie und die Krise des Parlamentarismus fest. Wir sagen, daß der Staat der Trübsal, der Sonderrechte, der Monopole bei jenem Kurs auf verschärfte Ausbeutung, auf imperialistische Kriegsvorbereitungen, auf dem Wege zur nackten reaktionären, außerparlamentarischen Diktatur fortschreiten muß. Wir stellen fest, daß der bisherige Mechanismus der bürgerlichen Demokratie dem deutschen Imperialismus zur Durchführung seines Programms in einer Reihe von Fällen nicht mehr genügt.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei ist wieder eine schlagende Bestätigung der Thesen der Kommunistischen Internationale über die wachsende fortschreitende Krise der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus.

Was würde die konkrete Anwendung des Antrages bedeuten? Kommt eine Regierung zustande, die das Vertrauensvotum der Mehrheit des Reichstages bekommt, und lassen sich Gruppen dieser Mehrheit unter dem Druck ihrer Wähler nachträglich gezwungen, gegen die Regierung zu stimmen, so ändert dies an dem Bestehen der Regierung nichts. Bei den durchschmittlichen gegenwärtigen parlamentarischen Kräfteverhältnissen ist dieser Gelegenheitswunsch insbesondere eine Sicherung der Großen Koalition gegen die Wirkungen einer Arbeiterrebellion in der SPD und im Zentrum.

Die Schwerindustrie DAZ, die den völksparteilichen Antrag begrüßt, läßt die Kage aus dem Sad springen:

„Der Vorschlag bedeutet in der Praxis eine gewisse Annäherung an das amerikanische Regierungssystem, da er geeignet eine einmal ernannte Reichsregierung auf lange Zeit zu stabilisieren.“

Annäherung an das amerikanische System! Zu deutsch: Annäherung an die amerikanischen Verhältnisse, die eine noch viel schärfer ausgeprägte ungeschriebene Diktatur der Trustbourgeoisie darstellen. Annäherung an die amerikanischen Verhältnisse wo das Parlament vollends nur die Rolle eines Marionettenhändlers spielt und die parlamentarische Maschinerie der trustkapitalistischen Diktatur von niemand mehr ernst genommen wird.

Der 2. Abzug der Verfassungsreform der Volkspartei steht eine Finanzdiktatur vor. Der Reichstag kann danach keine Erhöhung der im Haushalts vorgesehene Ausgaben ohne Zustimmung der Reichsregierung vornehmen. Eine Sicherung gegen die leibliche Mordanschuld von der Bewilligung solcher Steuer, die die bedrückende Klasse belasten.

Zweifellos plant die Bourgeoisie, nachdem die Finanzdiktatur gegenüber jedem Einspruch des Parlaments gesichert ist, auch eine Erweiterung nach der positiven Seite hin. Die Kürzungsausgaben der Regierung sollen dann selbst von der bisherigen Scheinkontrolle des Parlaments befreit werden. Dazu kommt noch ein Abzug, der diese Grundzüge auch bei den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden angewendet haben sollen. Die letzten Reste der kommunalen Selbstbestimmungsrechte der finanzlosen Wohlgehörten der Kommunen auf dem Gebiete der Wirtschaft, Sozialpolitik usw. sollen beseitigt werden.

Der ganze Antrag bedeutet ebenso wie die berühmte „Auslieferung“ gegen die Staatsautorität, die „Gefährlichkeit“ der Stahlhölzer während der Ruhrsperrung, eine weitere Stufe auf dem Wege der Bourgeoisie zur reaktionären, außerparlamentarischen Diktatur, zur Einschränkung und Aufhebung der Rechte der bürgerlichen Demokratie, zu ihrer Durchsetzung mit halbfaschistischen und faschistischen Methoden.

Für uns Kommunisten, für die revolutionäre Arbeiterklasse, bedeuten diese Thesen keine Uebertreibung. Wie steht aber dazu die Sozialdemokratie, die uns herrlichen Zeiten der Demokratie entgegenführt will?

Der Vorwärts vom 15. Dezember berichtet an ganz verstellter Stelle in einer kurzen Notiz über die Thesen, daß die Koalitionspartner der SPD die Weimarer Verfassung kündigen. „Einstweilen nur Material für die Diskussion“ — besagt eine Kleingedruckte, bescheidene Ueberschrift. Und das Kommentar? Man lese:

„Hier wird ein keineswegs glücklicher Versuch unternommen, die Entwicklung des parlamentarischen Systems und der Finanzwirtschaft in harte Formen zu pressen. Er wird auf abschbare Zeit ohne Wirkung bleiben. Und das ist kein Schaden. Denn es kommt weniger darauf an, die Verfassung zu ändern, als darauf, sie vernünftig anzuwenden.“

Das ist alles. Diese mutigen Kämpfer der Demokratie haben zu der Liquidierung der Weimarer Verfassung nichts anderes zu sagen, als daß sie mit schlotternder Angst von einem

## Zuspitzung im Zentrum

Seit dem Kölner Parteitag haben sich die Auseinandersetzungen im Zentrumslager immer mehr zuspitzt. Das offene Auftreten Stegerwalds läßt die Zentrumsführer um die Einheit ihrer Partei zittern, die man doch durch den Parteitag eben notwendig geleistet glaubte. Man weiß zwar, die Opposition Stegerwalds bedeutet keinesfalls eine Kampfanlage gegen den arbeitserfreundlichen im Zentrum dominierenden industriellen Flügel. Aber man fürchtet, daß durch Stegerwalds Opposition, durch die er sich stärksten Einfluß in der Zentrumsführung sichern will, die Gegensätze zwischen dem Unternehmer- und Arbeiter-Flügel immer mehr aufgerollt und vertieft werden. Deshalb trägt auch die gesamte Zentrumspresse seit Tagen das immer wiederkehrende Geleit: „Eid eines — dient dem Frieden“ usw. und mahnt Stegerwald, im Interesse der Einheit der Partei, seinen Kampf aufzugeben. Der Parteivorstand tut darüber hinaus praktische Schritte, um Stegerwald das Wasser abzugraben. Wir berichten bereits, wie die unter dem besonders starken Einfluß der kirchlichen Zentrumsführer resp. des neuen Parteivorstandes Raas stehenden katholischen Arbeitervereine beschloßen haben, an der Kundgebung der christlichen Gewerkschaften in Eilen nicht teilzunehmen. Das Zentrumorgan, die Kölnische Volkszeitung, begrüßt diese Entscheidung mit folgenden Worten:

„Wir stehen nicht an, diese Erklärung und die Aufforderung, die Ökener Versammlung nicht zu besuchen, als eine Tat zu begrüßen. Alle öffentlichen Erörterungen die geeignet sein könnten, die Freunde der Arbeiterklasse an der Mitarbeit am Parteileben zu hemmen, sind unangebracht. Die wahren Freunde der Zentrumspartei wünschen in diesem Augenblick, daß die Ökener Kundgebung der Gewerkschaften abgelehnt wird.“

Die Kundgebung dürfte trotzdem stattfinden, wird aber sicher eine sehr mächtige Opposition zeigen.

wenig glücklichen Versuch sprechen und ihrer Hoffnung Ausdruck geben, daß der Plan „auf abschbare Zeit“ nicht zur Durchführung gelangen wird. Kein Wort des Widerstandes. Kein Wort der Ablehnung! Sie kapitulieren vor dem Verfassungskomitee der Deutschen Volkspartei genau so, wie sie vor dem Bundesrat im Ruhrgebiet kapituliert haben. Und das ist kein Wunder. Die Sozialimperialisten wissen, daß der deutsche Imperialismus zur Durchführung seiner Pläne eine verstärkte Diktatur der Staatsgewalt nötig hat. Sie wissen dies und sie patieren von vornherein. Sie werden nicht nur patieren, sie werden der Bourgeoisie helfen, ihre reaktionären Pläne, den Wahlrechtsraub für breite Kategorien, die Durchführung der Finanzdiktatur usw. durchzuführen. Der Kurs auf das KPD-Verbot zeigt die Bereitschaft der SPD, ihre besondere Rolle in der imperialistischen Reaktion, die Niederhaltung und Knechtung der revolutionären Arbeiterklasse mit den Mitteln der Staatsgewalt und der Reichsbanner-Koalitionen durchzuführen.

Die Krise der bürgerlichen Demokratie steht übrigens in innigem Zusammenhang mit der fortschreitenden Krise der bürgerlichen Parteien. Die Zuspitzung der Klassenkämpfe, die anwachsende Rebellion der christlichen Arbeiter, die Verärgerung, die Unzufriedenheit der wertfähigen Wähler der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei — das alles kündigt die Erstarrung der Massenbasis der bürgerlichen Parteien an. Gerade diese wachsende Abwanderung der wertfähigen Wähler aus dem Lager der bürgerlichen Parteien zwingt die Kapitalistenklasse zur fortschreitenden Verschärfung ihrer außerparlamentarischen Diktatur und Aufhebung der Reste der bürgerlichen Demokratie. Deshalb ist auch die Hoffnung der Reformisten, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei nicht ernst gemeint sei, eine betrügerische Illusion und ein bewusster Schwindel.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei ist ernst gemeint. Er ist ein Teil der großen Offensive der Kapitalistenklasse gegen die wertfähigen Massen zur Durchführung des Hunger- und Kriegsturmes der Trustherren. Die Antwort der Massen wird die Organisierung der proletarischen Gegenoffensive sein. Gegen die reaktionäre, außerparlamentarische Diktatur der Kriegstrolche revolutionäre, außerparlamentarische Mobilisierung der arbeitenden Massen, revolutionäre Einheitsfront von unten unter der Führung der Kommunistischen Partei!

Wie ernst die Lage im Zentrum selbst von der bürgerlichen Presse beurteilt wird, zeigt ein Artikel der Kölnischen Zeitung, die über die Verhältnisse im Zentrum gut unterrichtet ist. Nachdem sie feststellt, daß diese Krise im Zentrum auf den sozialen und wirtschaftlichen Gegensätzen basiert, weist sie darauf hin, daß die Gegensätze schon so weit gediehen sind, daß man darüber debattiert, für die Wahlen getrennte Zentrumslisten aufzustellen, so vornehmlich eine Liste der Arbeiter und eine solche der übrigen Stände. Im Zusammenhang damit, teilt sie auch interessante Tatsachen bezüglich des Gegenstandes zwischen Stegerwald und den Beamtenführern mit, die vornehmlich seine Wahl als Parteivorstand hintertrieben. Es sei auf dem Parteitag von ihnen erklärt worden, „wenn Stegerwald gewählt würde, so würden alle Beamten aus dem Zentrum austreten; ja, es seien Stimmen laut geworden, in diesem Falle aus der katholischen Kirche auszutreten“. In der Stadt Köln allein seien innerhalb des letzten Jahres 1000 eingetragene Beamte aus der Partei ausgestiegen. Die Geschlossenheit der Partei würde endgültig dahin sein, wenn Stegerwald gewählt würde. Die Kölnische Zeitung meint angesichts dieser Auseinandersetzungen, daß sich das Zentrum „in einem — vielleicht zeitweilig durch Stillstand unterbrochenen, aber im ganzen fortschreitenden Niedergang mehr als die anderen bürgerlichen Parteien befindet.“ (1)

## Haltet den Dieb!

Die Kriegshege gegen die Sowjetunion wird von Tag zu Tag verstärkt

Nach den sensationellen Enthüllungen der Kölnischen Zeitung über das Kriegsangebot Chamberlains an Stresemann ist kein Dementi dieser Feststellungen erfolgt. Wohlgerne die bürgerliche Presse wagte es nicht, die Richtigkeit der Mitteilungen der Kölnischen Zeitung in Abrede zu stellen. Das Auswärtige Amt schweigt. Die sozialdemokratische Presse, die die Alarmnachrichten in der kommunistischen Presse und in der Sowjetpresse als Aberglauben bezeichnete, muß zugeben, daß „das ukrainische Problem einen beunruhigenden Faktor“ bedeutet. Das ukrainische Problem — das ist nichts anderes als der englisch-französische Kriegssplan, der polnisch-rumänische Krieg gegen die Sowjetunion.

Kein Tag vergeht, der nicht einen provokatorischen Behauptung der großen englisch-französischen Regierungspresse gegen die Politik des Arbeiterstaates bringt. Das neueste Dokument, das weit über Frankreich hinaus von den Wertfähigen beachtet werden muß, ist ein Leitartikel des großen französischen Regierungsorgans, des Temps vom 13. Dezember, der sich mit der Rede des Genossen Litwinow auf der Tagung der Zentralkommission der Sowjets beschäftigt. (Die Rede des Genossen Litwinow wurde von uns vor einigen Tagen veröffentlicht. Die Red.) Die Kriegshege gegen die Sowjetunion wird nach der bisherigen Schablone damit begründet, daß die Sowjetregierung eine Politik des Krieges und der Weltrevolution verfolgt und daher eine Gefährdung des Friedens bedeutet. Das ist nichts neues. Neu ist die verstärkte Note der Drohung gegen die Sowjetunion, neu ist die zynische Rechtfertigung der polnisch-rumänischen Kriegsvorbereitungen. Der Temps schreibt:

„Die größte Bedrohung des Friedens in Europa stellt gegenwärtig die Haltung der Sowjetregierung dar, deren Taktik auf der ganzen Linie auf die Vorbereitung der bolschewistischen Revolution und des Bürgerkrieges in der ganzen Welt hinausläuft. Es gibt keine internationale Verschwörung gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, aber alle zivilisierten Länder treffen aus berechtigten Gründen Maßnahmen, um sich gegen die revolutionäre Propaganda der 3. Internationale zu verteidigen, die unter dem Schutze der Sowjetvertretungen entfaltet wird. Die Mächte wollen sich gegen die bolschewistische Infektion schützen. Ihre Haltung gegenüber Sowjetrußland ist durch diese Bestrebungen bestimmt. Solange Moskau auf die Methoden, die die rote Internationale ihm aufzwingt, nicht verzichtet, solange es seinen internationalen Verpflichtungen nicht streng entspricht, kann man zu den Versprechungen der Sowjetregierung kein Vertrauen haben.“

Die Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wird hier ganz deutlich ausgesprochen. Und dieser Drohung kommt eine umso größere Bedeutung zu, als sie mit dem Angebot Chamberlains an Stresemann im engsten Zusammenhange steht. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion bedeutet aber nicht anderes als den Kriegszustand!

Die internationale Einheitsfront der Gegenrevolution rückt zum Kriege her mit der internationalen Einheitsfront der revolutionären Kräfte zur Verteidigung der Sowjetunion!

## „Was denn Deutschland vom Rätebund zu erwarten habe...“

Eine Frage der Kölnischen Zeitung und die Antwort des deutschen Proletariats

Das Organ der Sowjetregierung, die „Ismestija“, nimmt, wie der Moskauer Berichterstatter der Kölnischen Zeitung vom 12. Dezember berichtet, zu den Enthüllungen der Kölnischen Zeitung über Chamberlains Kriegsangebot an Stresemann Stellung. Mit Recht stellt die „Ismestija“ fest, daß es sich dabei um einen Einzelfall politischer Falschspiele handelt. In der abschließenden Stellungnahme der Kölnischen Zeitung zu Chamberlains Kriegsangebot bemerkt die „Ismestija“ laut dem in der KZ erschienenen Text:

„Wir möchten annehmen, daß die deutschen Politiker in der Lage sind, auf solche falschspielerischen englischen Mitteln

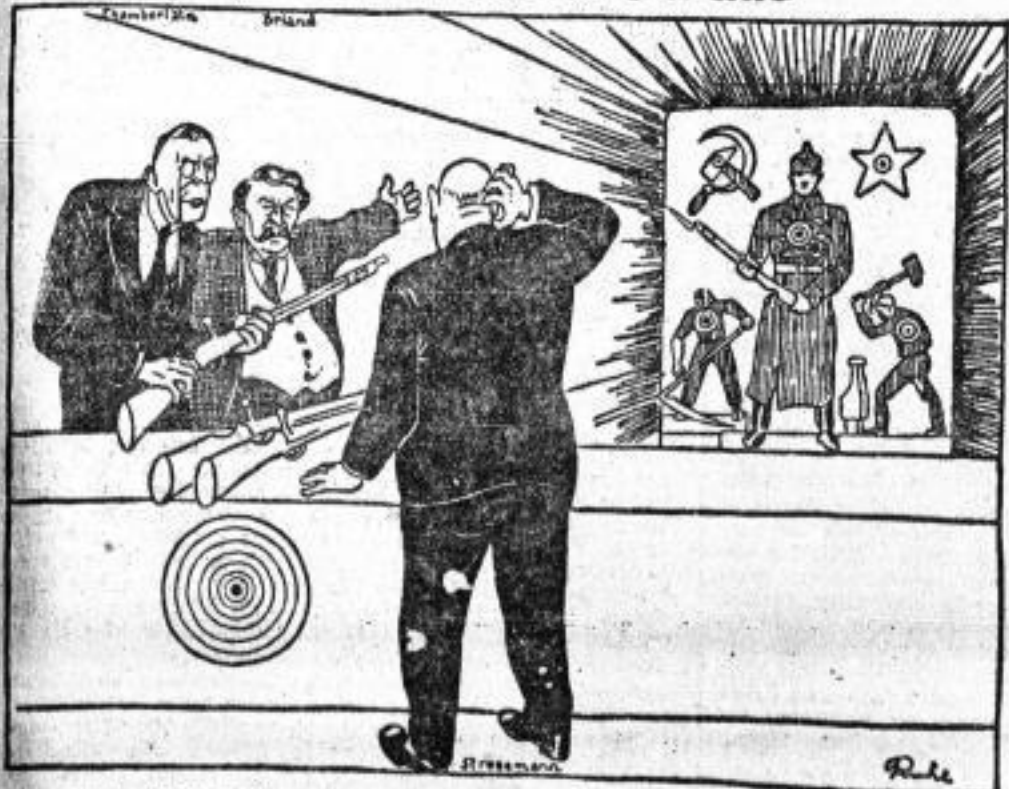
nicht nur mit Zeitungsausschnitten, sondern auch mit konkreten Handlungen in der Richtung der deutsch-russischen Beziehungen zu antworten.“

Wäre die Kölnische Zeitung an den guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Interesse des Friedens und nicht im Interesse eines besseren Geschäfts, wäre sie an diesen Beziehungen aufrichtig und vorbehaltlos und nicht mit solchen Vorbehalten interessiert, die eine spätere Zustimmung zu den Kriegsplänen sehr wohl ermöglichen, dann müßte sie den Sinn dieser sowjetrussischen Forderung begreifen. Statt dessen tut die Köln. Zeitung erstau, beschuldigt die Sowjetregierung, daß diese die deutsche Politik „raketenfeindlicher Reaktionen“ verdächtigt, und wiederholt die Frage, „was denn Deutschland vom Rätebund zu erwarten habe“. Jetzt müßte die Räteregierung gewisse Vorschläge über die weiteren gegenseitigen Beziehungen machen. Eine weitere großzügige Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland wird von der Kölnischen Zeitung in folgender gewundenen Formulierung abgelehnt:

„Der jetzt von russischer Seite über, so auch heute von der „Ismestija“ befürwortete Gedanke einer russisch-deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit ist leider auch gegenwärtig zu wenig real, um als konkrete Handlung gewertet zu werden.“ (1)

Was denn Deutschland vom Rätebund zu erwarten habe? Auf diese Frage wird nicht die deutsche Bourgeoisie, sondern das deutsche Proletariat die Antwort geben. Das deutsche Proletariat, das in der Sowjetunion das Vaterland aller Wertfähigen erblickt.

## Kreuzschießen in Ruano



Chamberlains: Versuchen Sie nur einen Probechuß, Herr Stresemann! Erstes Ziel: Rheinländerumung!